



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/237 - 13.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Erhard's neueste Selbstreklame	S. 1
Zum Abschluß von Scarborough	S. 3
Zur Kandidatur Betz	S. 5
Eine Siedlung als Geschenk	S. 6

Herr Erhard und die Waage

(sp) Der Wirtschaftsminister Prof. Erhard - die vollkommene Verkörperung der Fatznießer seines ökonomischen Glaubensbekenntnisses - macht in diesen Tagen in den großen Zeitungen durch ein drittelseitiges Inserat - die Kosten betragen im Schnitt etwa 1000 M! - eine geradezu herausfordernde Reklame für seine "Soziale Marktwirtschaft". Das Inserat ist ein seltenes Gemisch von primitiver Verfälschung wirtschaftlicher Tatbestände und Zusammenhänge und aufreizendem Zynismus, besonders wenn man an den Ursprungsvermerk "Die Waage - Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs" denkt, und daran, was wirklich dahintersteckt.

Die Waage - eine Dunkelkammer

Was ist das für eine seltsame Waage? Diese "Gemeinschaft" wurde, wie sich erst nach mühsamen Recherchen ergab, kürzlich in einer vertraulichen Besprechung im Hause der Industrie- und Handelskammer Köln, unter Sachsenhausen 12, gegründet, an der namhafte Vertreter der Industrie- und Bankwelt teilnahmen. Zu den Gründungsteilnehmern gehören auch der Präsident der Kölner IHK, Greif (Glanzstoff-Courtaulds, Kunstseide- und Zellwollfabriken, Köln), sowie Dr. Hilgermann (IHK-Köln). Zum Geschäftsführer der Tarngesellschaft wurde ein Herr Alphons Horten (Bad Godesberg, Mirbachstr. 6) bestellt, der in der Glasindustrie tätig ist und der es übernommen hat, Geldmittel, die aus ungenannten Quellen

fließen, in Anzeigen anzulegen. Zu diesem Zweck bedient sich "Die Waage" einer Frankfurter Anzeigen-Expedition (Hanns W. Brose GmbH., Frankfurt a. Main, Freiherr vom Stein-Str. 24), welche die Anzeigen nach einem Verteiler an die für würdig befundenen Zeitungen vergibt. In diesen Anzeigen vermeidet "Die Waage" jeden Hinweis auf ihre Tätigkeit und ihren Sitz, den es praktisch auch gar nicht gibt. Sie hat weder eine Anschrift noch ein Büro, sondern die für sie eingehende Post wird von der IKK-Köln weitergeleitet. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß Inseratenwerber der Frankfurter Firma bei verschiedenen Zeitungen Preisangebote für eine Gemeinschaftswerbung eingeholt haben und dabei ersuchten, die Angebote unter Berücksichtigung des "Behördenrabattes" (!) zu machen. Auf die Frage, welche Behörde die Anzeigen zu vergeben wünsche, wurde keine Auskunft gegeben.

Diese "Waage" zur Förderung des sozialen Ausgleichs, ist keine Waage, sondern eine Dunkelkammer. Vom Standpunkt derer, die hinter ihr stehen, ist das natürlich. Denn würde man zu erkennen geben, daß Regierung sowie Großindustrie und Banken in hochbezahlten Inseraten Erhard sozusagen als den Erfinder nicht etwa nur der "Sozialen Marktwirtschaft", sondern der sozialen Gerechtigkeit schlechthin anpreisen, dann müßte man auf ein Hohngelächter auch bei dem vertrauensseligsten Zeitungsleser gefaßt sein.

Das Stichwort des Inserates: "Wie schnell der Mensch vergißt"- das undankbare Geschöpf. Am Kopf eine Zeichnung: Abgehärmte Nachkriegsgesichter stehen vor einem Zettelaushang, eine müde, alte Frau, ein entlassener und schwerkriegsbeschädigter PW, ein verhungertes Intellektueller. "Tausche Syrup gegen Schuhe" heißt es am Anfang des folgenden Textes, dessen Rest ein einziges Loblied auf den "einen Mann" ist, der uns inzwischen so weit gebracht habe, wie wir gekommen sind. Von der ganz entscheidenden ausländischen Hilfe wird mit keinem Wort gesprochen. Aber vom Verdienen ist die Rede und davon, daß das die "echte soziale Gerechtigkeit" sei. Und schließlich davon, daß man niemals vergessen dürfe, "was Arbeiter und Unternehmer seit jenen Tagen in einmütiger Zusammenarbeit geschaffen haben". Wie schön das klingt und wie süßlich verlogen es ist - in diesem Munde.

Der Mensch vergißt gar nicht so schnell

"Wie schnell der Mensch vergißt" ? Wir glauben nicht. Wie war es am Tage nach der Währungsreform ? Wir hatten nur die Kopfquote in der Tasche. 46 Mrd Reichsmark, die wir auf 28,7 Mio Sparkonten zusammengetragen hatten, schrumpften zu 2,1 Mrd auf 11 Mio Sparkonten zusammen. Toren glaubten damals, in Deutschland wären alle gleich arm. Das war ein Irrtum. Die Horter von Erhards Gnaden saßen auf einer Zweijahresproduktion an Verbrauchsgütern, die weit über das erforderliche Maß angestaut waren. Man ließ die Preise nach oben gehen und wurde mit jedem Tage reicher. Seitdem lebt man in der Bundesrepublik im Zustande ständiger und anscheinend unaufhaltsamer Teuerung. Sie hat die Millionen Rentner und Fürsorgeempfänger an den Rand der Verzweiflung gebracht, von den Opfern des Krieges ganz zu schweigen. Sie sorgt auch dafür, daß das riesige Heer der Arbeiter, Angestellten und kleinen und mittleren Beamten Löhne und Gehälter von täglich sinkendem Wert in die Hände bekommt. Die Verdienstspanne der Schwerindustrie und des Großhandels dagegen wächst ebenso hartnäckig. Es sind bereits wieder in diesen glorreichen Jahren, seitden Erhards Grundsätze praktiziert werden, in Westdeutschland, in dem Land des Vertriebenenelends, so viele Millionenvermögen entstanden, wie in keinem anderen Lande Westeuropas.

In der Wirtschaft, d.h. praktisch in der Großwirtschaft, wurden bis Ende 1951 allein 78 Mrd M investiert - bis zu diesem Termin wurden auch 15 Mrd wertloser RM-Aktien zu 15 Mrd neuer M-Aktien, aufgrund der Durchschnittsumstellung 1:1. Das wurde durch jene Investitionen ermöglicht, - die steuerfrei waren. Die gleichen Leute, die 1:1 umgestellt haben, werden zum Lastenausgleich in einer Form herangezogen, die jeder sozialen Gerechtigkeit Hohn spricht: Im Durchschnitt aller Aktien zahlen sie für jene 1000 M, in die sich ihre schlechten 1000 RM verwandelten, 3 M im Jahr ...

Hundert Tatsachen dieser Art gibt es, die beweisen, daß Erhards Marktwirtschaft nicht, wie er es gern gesehen haben möchte, sozial, sondern daß sie asozial ist. Es wird in den kommenden Monaten genug Gelegenheit geben, das im Einzelnen zu belegen. Wenn man unter sich ist, taucht dieses ominöse Wort "Sozial" auch nicht auf. In einem für Unternehmer bestimmten vertraulichen Informationsbrief hieß es dieser Tage:

"Schon die Godesberger Sitzung von Vertretern der Industrie/ mit Minister Erhard, bei der der Minister, wie immer temperamentvoll, für die f r e i e Marktwirtschaft plädierte, zeigte keine Einheitlichkeit darüber, daß die f r e i e Marktwirtschaft das Banner sein wird, unter dem eine antisozialistische Blockbildung mit dem Schwerpunkt CDU siegen kann. Die Erfahrungen aus der Weimarer Zeit haben gelehrt, daß man im unternehmerischen Fahrwasser segelnde Parteien mit noch so großen Subventionen nicht zu Massenbewegungen machen kann".

Das ist auch unsere Auffassung.

+ + +

Parteitag Churchills

B.C. - London

Es ist durchaus kein Zufall, daß die englische Massenpresse dem Parteitag der Konservativen, der vom 9. bis 11. Oktober in Scarborough stattfand, noch nicht ein Viertel des Raumes widmete, wie während der vorherigen Woche der Sozialistenkonferenz von Morecambe. Man wußte vorher und wurde darin durch die Ereignisse bestätigt, daß es keine Sensationen geben werde. Die politische Linie wird zu jeder Frage von oben her festgelegt nach einer Art "Führerprinzip", das seit Jahrzehnten Bestandteil des Parteistatuts ist. Milde Kritik ist höchstens auf Gebieten wie etwa "Parteiorganisation" und "Propaganda" erlaubt. Bekannte Rebellen wie Robert Boothby, Lord Hinchingbrooke oder Cyril Osborne kommen überhaupt nicht zum Wort. Ein hitziges Wortgefecht, wie etwa zwischen Aneurin Bevan und Arthur Deakin in Morecambe, wäre bei der Partei der dezenten Gentlemen völlig undenkbar.

Winston Churchill, der Parteiführer, hat sich diesmal die Kritiken zu Herzen genommen, die sich nach dem letzten Parteitag im Oktober 1950 darüber beschwerten, daß er, der höchste Verantwortliche, sich frivolerweise in Newmarket zum Rennen aufhielt, während die Partei tagte, und erst am letzten Tage zur Entgegennahme überschwänglicher Huldigungen in Erscheinung trat. Dieses Jahr brach er seinen behutsamen Kritikern die Pfeilspitzen von vornherein dadurch ab, daß er am Orte anwesend war, wenn er auch bis zur letzten Sitzung am Sonnabend morgen sich nicht in der Kongreßhalle sehen ließ, sondern in seiner Neun-Zimmer-Flucht im Hotel hoch oben auf dem Kliff blieb, Cocktail Parties gab, las und über eine eigens von der Post gelegte Geheimleitung Berichte seiner Beamten aus der Downing Street entgegennahm. Am letzten Morgen dann kam er herunter unters Volk, ließ sich feiern und photographieren, und hielt schließlich eine Rede, in der er seiner getreuen Partei den kommenden Kurs angab, ohne sich im geringsten um das Geschwätz der vorhergehenden beiden Tage des Kongresses zu kümmern - getreu dem Grundsatz, die Meinung der Partei bestimme ich - wofür es ja auch außerhalb Englands westeuropäische Beispiele geben soll.

Aber mit Demokratie, mit der Formung politischer Meinung und einer Kursbildung durch das Volk selbst hat das natürlich herzlich wenig zu tun. Und wenn man sich die leicht versteinerten, zumindest gelangweilten Gesichter der 4000 (!) Tory-Delegierten anschaut und mit der Erinnerung an die 1200 sozialistischen Vertreter in Morecambe vergleicht, (so verallgemeinernd ein solcher Vergleich sein mag), so weiß man auch sofort warum das so ist - von diesen selbstzufriedenen, vielfach adligen Damen und Herren ist nicht viel politische Initiative zu erwarten, es scheint den meisten von ihnen auch viel bequemer, sich den Kurs von den "zur Führung Berufenen" vorschreiben zu lassen, als das eigene Gewissen damit zu belasten, wie es jene Querköpfe in Morecambe taten! Und gar sich über Prinzipien streiten? Das tut kein feiner Mann! Eine kleine Sensation gab es aber doch, als ein leibhaftiger Gewerkschafter, ein gewisser Frederick Tomlinson aus Nottinghamshire, die Rednertribüne bestieg, verkündete, er sei Transportarbeiter, verdiene sechs Pfund je Woche und verlange "Freiheit für die Gewerkschaften". Dieses einzigartige Wundertier brachte all' die Damen und Herren mit und ohne adlige Titel Beifall klatschend auf die Füße.

An wirklicher Substanz kam bei dem Parteitag herzlich wenig heraus. Schatzkanzler Butler erklärte, er wolle versuchen, durch Einsparungen in der Beamtenschaft es zu ermöglichen, die Einkommensteuer um 2 Shilling je Pfund zu senken (was natürlich nur den höheren Einkommen zugutekommen würde). Hausbauminister Harold MacMillan verkündete, daß er die Beschränkungen, denen der Bau privater Häuser (zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaues) immer noch unterliegt, künftig erleichtern wolle. Ferner prahlte er damit, daß in den ersten sieben Monaten des Jahres 1952 15 Prozent mehr Wohnungen gebaut worden seien, als in der entsprechenden Periode 1951. Dabei vergaß er selbstverständlich klarzumachen, daß diese jetzt fertig gewordenen Häuser noch von der Labourregierung geplant, finanziert und begonnen wurden, daß aber andererseits die neuen, unter der Tory-Regierung zu erstellenden Häuser "sub-standard", sogenannte "Volkshäuser", sein werden.

Die Revue, die hier eine große, die Regierung Englands zur Zeit führende Partei abgab, war nicht imponierend. Sie war mehr, als ihrem Ansehen gut war, eine Routineangelegenheit ohne überzeugende Werbekraft oder auch nur die anziehende Wirkung, die eine geistige Auseinandersetzung ausübt. Das stärkste Attraktivum der Konservativen ist immer noch ihr guter alter Winston.

Gelenkte Wochenschau ?

G. Die "Neue Deutsche Wochenschau" beherrscht zusammen mit der von derselben Gesellschaft hergestellten "Welt im Bild" fast Zweidrittel des westdeutschen Wochenschauemarktes. Sie ist damit das wichtigste filmische Nachrichtemittel und ein bemerkenswerter Faktor der Gesamtpublizistik. Die Anteile der Neuen Deutschen Wochenschau GmbH. befinden sich in Händen des Bundesfinanzministeriums. Im Haushalt des Bundes stehen jährlich eine Million M als Subvention verzeichnet, da das Unternehmen zuschußbedürftig ist, wenn dieser Betrag auch nicht völlig in Anspruch genommen wurde. Der Geschäftsführerposten dieses Unternehmens wird in Kürze vakant, der Aufsichtsrat hatte die Stelle öffentlich ausgeschrieben.

Nun möchte das Bundespresseamt gern seinen Filmreferenten, Herrn Betz, gewissermaßen "kommissarisch beauftragt", in diese Stellung lancieren. Anderen Kreisen der Bundesregierung, die ebenfalls im Aufsichtsrat der NDW vertreten sind, dürfte dieses Bemühen nicht unangenehm sein - könnte man auf solche Weise doch einen entscheidenden politischen Einfluß auf die Gestaltung dieses wichtigen Publikationsmittels nehmen.

Nun, das letzte Wort hierüber wird der Aufsichtsrat am 14.d.M. sprechen. Unter den eingegangenen 40-50 Bewerbungen befinden sich solche von erstklassigen Fachleuten, denen gegenüber die fachliche Bigung des Herrn Betz selbst bei allergrößtem Wohlwollen nicht ernsthaft standhalten kann. Auch eine Tätigkeit unter dem Kriegsverbrecher Frank in Polen ist wohl kein Ersatz dafür. Der Aufsichtsrat sollte sich ernsthaft überlegen, ob es zu verantworten ist, die Verwaltung eines so wichtigen Unternehmens einem ausgesprochenen Nichtfachmann anzuvertrauen, und damit Hunderttausende von DM Steuergeldern aufs Spiel zu setzen. Außerdem dürfte die Tatsache, daß Herr Betz engster Mitarbeiter des wegen seiner kommunistenfreundlichen Betätigung erst kürzlich entlassenen Abteilungsleiters im Bundespresseamt Dr. Scheidt war, nicht zu übersehen sein. Die ernsthafte Überprüfung auf etwaige Zusammenhänge ist hier erste Pflicht der Verantwortlichen.

Grundsätzlich sind von Deutschen Bundestag die Mittel für die NDW bewilligt worden, um die Bereitstellung einer deutschen Wochenschau gegenüber der von den Besatzungsmächten errichteten Konkurrenz zu ermöglichen. Die Verwendung dieser Steuergelder zu einer indirekten Propaganda für die Bundesregierung durch Einsetzung eines "kommissarisch beauftragten" Geschäftsführers verstößt daher gegen den Willen des Gesetzgebers.

Unbequemes Geschenk

rg. Vor einiger Zeit reiste der Bürgermeister von Bühl in Baden nach USA. Das ist heutzutage nichts besonderes; aber er brachte dem Städtchen, berühmt durch seine Frühzwetschen, etwas mit: Eine ganze Siedlung, gestiftet von der Lutheran Church Missouri Synod. Sie soll mehreren tausend Flüchtlingen eine neue Heimat schaffen; auch für die notwendigen Arbeitsstätten wird gesorgt. Es ist ein Millionen-Projekt.

Aber die Sache hat zwei Haken. Selbstverständlich legt die Lutheran Church Wert darauf, daß die Neusiedler in Bühl Glaubensgenossen sind. Nun ist aber Bühl und seine Umgebung stockkatholisch; eine protestantische Invasion stößt deshalb auf erhebliche Bedenken. Das hat auch politische Hintergründe. Denn bisher war der Wahlkreis Bühl eine sichere Sache für die CDU, und zwar für ihren katholischen Flügel, wo ihre Kandidaten mit mathematischer Sicherheit zu Landtags- und Bundestagsabgeordneten werden konnten. Tausend protestantische Flüchtlinge könnten also das katholische CDU-Monopol gefährden.

Das Projekt hat aber noch eine sehr materielle Seite: Das Gelände, auf dem die Siedlung erbaut werden soll, ist Allmend; es gehört etwa 700 Bühlern als "Bürger Nutzen". Und viele von ihnen haben wenig Lust, auf ihr Land zugunsten der tausend noch dazu protestantischen Flüchtlinge zu verzichten.

Die öffentliche Stadtratsitzung, in welcher das Projekt beraten wurde, brachte den in der Kommunalgeschichte vermutlich bisher höchsten Besucherrekord: Der Stadtrat mußte in der überfüllten Stadthalle tagen. Man beschloß, nach manchem Hin und Her, die Stadtverwaltung zu ermächtigen, die Verhandlungen weiterzuführen und noch genauere Einzelheiten festzulegen, die besonders die CDU interessierten.

Nun wollen wir nur hoffen, daß die christliche Nächstenliebe für die Flüchtlinge größer ist als die katholischen Befürchtungen und der Bürger Nutzen.

Verantwortlich: Peter Raunau